Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 157. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 8. Juli 1933. | 15. Jahrgang.

Und wurde deinem Streben
Ein schöner Lohn gegeben,
Dann wisse, Herz: das Leben
Wird nie des Forderns satt!

Bist heute du geborgen,
Mußt du auch heute sorgen,
Daß nicht vielleicht schon morgen
Dein Glück ein Ende hat.

Boersing.

Grenzland Hinterpommern.

Von Dr. Dr. Friedrich Lange.

Der französische Marschall Foch hat kurz vor seinem Tode als Herd des nächsten europäischen Konfliktes den polnisch gewordenen Weichselkorridor bezeichnet. Das Deutsche Reich blutet immer von neuem an der Korridorwunde. Die Notwendigkeit ihrer Schließung, die Dringlichkeit der Rückkehr zum Reich leuchtet immer weiteren Kreisen in Europa und der „großen" Welt ein. Man sollte daher meinen, daß die Grenzgebiete rechts und links des Korridors Gegenstand liebevoller Sorge und Anteilnahme unseres ganzen Volkes seien, so etwa wie die öffentliche Meinung in Ungarn die Grenzgebiete dieses Rumpfstaates hegt und pflegt. Tatsächlich ist in bezug auf den Osten im Deutschen Reich und Volk manches besser geworden. Man denkt schon häufiger daran, daß Schneidemühl die Hauptstadt der vor 10 Jahren errichteten Traditionsprovinz Grenzmark Posen Westpreußen geworden ist, daß das *deutsche* Danzig einen Kampf auf Leben und Tod gegen immer neue polnische Rechtseinbrüche führen muß und etwa Polen keinen deutlicheren Beweis seiner Gesinnung erbringen konnte als mit dem vertragswidrigen Abbruch der für 9 Millionen Goldmark erbauten Weichselbrücke von Münsterwalde.

Allein dasjenige Gebiet, das den Korridor auf der Westseite an seiner schmalsten Stelle begrenzt, ist im deutschen Binnenland immer noch wenig bekannt, wenig geschätzt und mit scharfen Vorurteilen belastet: das Grenzland Hinterpommern. Während viele Volksgenossen bei dem Namen Hinterpommern noch immer an Rückständigkeit, Eintönigkeit und Trostlosigkeit denken, handelt es sich an der Korridorgrenze in Wahrheit um ein Hügel-Grenzland von landschaftlicher Schönheit, das zwar wirtschaftlich schwer leidet, aber unter seinen Bewohnern zahlreiche Köpfe aufweist, die sich unerschrocken dem Schicksal stellen und ohne Ueberschwang, aber in zielsicherer Verantwortung am Korridorrande jene Grenzlandaufgabe übernommen haben, die ebenso Sache des ganzen deutschen Volkes sein sollte.

Da ist der Landkreis Bütow. Auf drei Seiten von polnisch gewordenem Gebiet umgeben, ist er gerade in den Grenzstrichen von einer ungeheuer rasch sich vermehrenden kaschubischen Bevölkerung bewohnt, die also nicht polnisch ist, aber von Polen in Anspruch genommen und leidenschaftlich umworben wird. Die Deutschen haben hier einen schweren Stand. Ihre Begriffe von Sauberkeit, Pflichterfüllung und Arbeitsfreude haben heute noch Anziehungskraft, wie auch die Polen bei den Kaschuben durchaus nicht beliebt sind. Allein der Schlüssel liegt in der Kinderfrage. Wir sahen in eine unsäglich bescheidenen — um nicht zu sagen armen — Kaschubendorf in der einzimmerigen Kate eines heruntergekommenen kaschubischen Adeligen vier kleine Kinder und einen Hund, in dem Hause des einzigen Deutschen des Ortes aber einen einzigen ziemlich erwachsenen Sohn und 4 Hunde! Früher wanderten die Kinder der Kaschuben weiter in das Reich und fanden hier Arbeit, Brot, sozialen Aufstieg. Heute kann das Deutschtum das nicht mehr bieten. Dafür versprechen polnische Sendlinge das Blaue vom Himmel und gewähren aus immer noch überraschend gut gefüllten Kassen Vergünstigungen aller Art an solche, die ihre Kinder in die polnische Schule schicken; mit zunehmendem Alter winkt ihnen außerdem hinter der polnischen Grenze weitere Ausbildung, die ihnen geistige Waffen gibt, um nach der Rückkehr in die Heimat großpolnisch zu wirken. Die Deutschen, die gegen ein kaschubisches Eigenleben nichts einzuwenden haben, müssen so fast untätig zusehen, wie Polen sich selbst diesseits der Grenze Stützpunkte schafft.

Wirtschaftlich geht es den Deutschen über alle Maßen schlecht. Die Reste der Industrie sind vernichtet, die Fabriken stillgelegt, ihre Maschinen in alle Winde zerstreut, die Gebäude großenteils der Spitzhacke zum Opfer gefallen. Die Landwirtschaft, die hier nur magere Böden zur Verfügung hat, kann kaum den Eigenbedarf des Kreises decken. Die wenigen Güter, die anrollen oder in das Binnenland zum Verkauf kommen, sind tariflich stark vorbelastet. Trotzdem bemüht sich die Bevölkerung rückensteif zu bleiben in der Erwartung, daß das Binnenland trotz der eigenen Not doch noch rechtzeitig stärker helfen wird. Als Sinnbild des deutschen Aufbauwillens gilt der Ausbau der stattlichen Ordensburg Bütow. Schon der Deutschritterorden, der einst die Lande zwischen Oder und Peipussee für das Deutschtum zurückgewann, erkannte die Bedeutung Hinterpommerns als Bindeglied zum fruchtbaren Weichselgebiet. Unter seinen Burgen im Lande macht heute noch diejenige zu Bütow den stattlichsten Eindruck. Um 1400 erbaut, zog 1409 der Hochmeister Ulrich von Jungingen ein, der schon ein Jahr später in der verhängnisvollen ersten Schlacht von Tannenberg Herrschaft und Leben verlor. Gerade jetzt vor 275 Jahren kam die Burg an Brandenburg-Preußen. Heute wird sie zur künftigen Landesjugendburg von Pommern ausgebaut. Bald werden hier die glücklichen Bewohner den Zauber mittelalterlicher Romantik in Verbindung mit neuzeitlicher Bequemlichkeit genießen. Aus dem ganzen deutschen Sprachgebiet bis hinunter nach Steiermark und Kärnten sollen deutsche Jungen und Mädel hier einen Hauch vom Geist jener Pflichterfüllung finden, in der einst die Deutschritter den Osten unserer Aufbauarbeit wiedergewannen.

Wie stark Hinterpommern unter der neuen Grenzziehung leidet, zeigt so recht eine Grenzwanderung von Bütow nach Lauenburg. Da finden wir zerrissene Bahnstümpfe, große Straßen, auf denen nun Gras und Sträucher wuchern, unheimlich still gewordene Grenzwälder, sterbende Dörfer und schließlich wieder gestorbene Industrien. In Lauenburg z. B., der einst so wohlhabenden und gewerbefleißigen Stadt mit 60 Kilometer weitem Absatzgebiet, liegen heute von rund 20 000 Einwohner fast 9000 als erwerbslos auf der Straße. Die Stadt ist praktisch nur noch ein Lager von Wohlfahrtsunterstützungsempfängern und ausgesteuerten Arbeitslosen. Mehr als vier Fünftel der Schornsteine haben aufgehört zu rauchen. Und der Bauer ringsum ist längst am Ende seiner Kraft angelangt. Was nützen da die zur Verknüpfung der durch die Grenze zerrissenen Verkehrsbeziehungen eingerichteten Postlinien, wenn niemand mehr ihre Tarife erschwingen kann, was die schönen neuen Schulgebäude (neben den trostlos heruntergekommenen alten), wenn keine Kinder mehr für sie da sind und keine Mittel, die Lehrkräfte zu bezahlen? Dasselbe Bild des Niederganges, wie hinter dem nahen Korridor in der „Insel Ostpreußen" und der unfreien „Freien" Stadt Danzig!

Dazwischen aber, im polnischen Hoheitsgebiet in und um den Luxushafen Gdingen herum, wird heute noch Geld für unwirtschaftliche und unsinnige „Prestige"-Liebhabereien des polnischen Nationalismus verschwendet. Wie lange sich Polen solche aufreizende Vergeudung leisten kann, ist eine andere Frage. Allein, wenn der Zwang zur Einschränkung auch die polnischen Verschwendungen am Meere antasten wird, dann entsteht erst recht Gefahr für die deutschgebliebenen Gebiete rechts und links des Korridors. Denn der polnische Größenwahn, der sich seit Jahren immer weiter in wirtschafts- und wirklichkeitsfremde Phantastereien verstiegen hat, würde vor die Wahl gestellt werden, (oder ist es jetzt schon?), entweder von Grund aus mit seinem ganzen bisherigen System der Gewalt und der Deutschenfeindlichkeit zu brechen oder zu Grunde zu gehen. Die Möglichkeit, daß hitzköpfige Polen einen „Ausweg" in Gewaltstreichen gegen das benachbarte Danziger und Reichsdeutsche Land suchen, hat ja bereits mehr als einmal die Welt in Atem gehalten. Um so dringender bedarf das Land zu beiden Seiten des Korridors, insbesondere auch das schwer ringende Grenzland Hinterpommern der Rückendeckung, Anteilnahme und nach Möglichkeit auch unmittelbarer Hilfe durch das ganze deutsche Binnenland.

Kirchliche Chronik.

Wenn je ein Wort des treuen Eckart unseres Volkes, unseres Reichspräsidenten von Hindenburg, in seiner geraden, klaren Weise geeignet gewesen ist, in eine verwirrte Lage Licht zu bringen, so ist dies ganz besonders mit dem auch von uns veröffentlichten Brief an den Reichskanzler Adolf Hitler der Fall gewesen, in welchem Hindenburg dazu auffordert, daß es zu Verhandlungen zwischen den gegenwärtig miteinander kämpfenden Fronten in der evangelischen Kirche komme. In vielen Kirchen ist am letzten Sonntag dieser Brief des Reichspräsidenten verlesen und daran anschließend folgende Erklärung kundgegeben worden. „Wir danken dem Reichspräsidenten, daß er die Anliegen unserer evangelischen Kirche so treu und weise auf sein Herz genommen hat und helfen will, den Weg zum Frieden zu finden. Wir danken dem Reichskanzler, daß er so schnell und tapfer die Friedensverhandlungen hat einleiten lassen.

Einmütig stellen wir uns hinter den Friedenswunsch der beiden Führer unseres Volkes und bitten Gott, daß er zu den neuen Verhandlungen seinen Segen geben möchte, damit unsere Kirche auf Gottes Wort gegründet wird und in innerster Freiheit aus der Not dieser Tage neue Kraft empfange zu ihrem heiligen Dienst an unserm geliebten Volk und Vaterland."

Reichsinnenminister Dr. Frick hat zum Freitag die Verhandlungen angeordnet, und wir hoffen von ganzem Herzen, daß ein solcher Friede geschlossen wird, der die Freiheit der Kirche verbürgt. Denn darum handet es sich, daß die Kirche auch in ihrer äußeren Gestalt als eine freie dasteht. Darum handelt es sich nicht nur im Interesse der Kirche, sondern wie wir wiederholt und mit stärkster Betonung sagen müssen, darum handelt es sich auch gerade im Interesse des Staates. Nur eine Kirche, die in keiner Weise politisch gebunden ist, wird dann, wenn der Staat in Schwierigkeiten geraten sollte, wirklich Herz und Gewissen zum Untertansein unter die von Gott gesetzte Obrigkeit aufrufen können, während man auf die politisch gebundene Kirche in kritischen Zeiten nicht hören wird, weil man sie als Organ des Staates ansieht.

Die Bedrängnisse, die sowohl in den Gemeinden wie bei den Pfarrern infolge der Anordnung eines Dankgottesdienstes für die beginnende Neuordnung der Kirche durch den Staat am vorigen Sonntag hervorgerufen wurden, waren sehr große. Hier in Westfalen ist durch ein Entgegenkommen des Bevollmächtigten des preußischen Staatskommissars diese Bedrängnis beschwichtigt worden. Infolgedessen waren viele Kirchen nicht beflaggt. Wo aber geflaggt war, geschah dieses meist nicht auf Veranlassung der Pfarrer, sondern anderer Instanzen. Das wird auch vielfach an anderen Stellen Preußens der Fall gewesen sein. Selbst von Berlin wird berichtet, daß z. B. in der Apostel Pauluskirche in Schöneberg das Kirchengebäude keinerlei Flaggenschmuck zeigte außer einer Hakenkreuzfahne, die nicht von der Gemeindekirchenverwaltung angebracht worden war. Wohl nahmen nationalsozialistische Fahnenabordnungen an dem Gottesdienst teil, und zahlreiche Nationalsozialisten in Uniform besetzten die hinteren Bänke der Kirche. Der Pfarrer aber machte im Anschluß an das Wort: „Ich bin der Herr, dein Gott, du sollst keine anderen Götter neben mir haben", den Gewissenskonflikt, in den die Kirche durch die Einsetzung eines kommissarischen Kirchenregimentes geraten ist, zum Gegenstand einer tiefergreifenden Predigt, die von nationalsozialistischen Besuchern mit großem Ernst angehört wurde. Er brauchte u. a. die Wendung in seiner Ansprache an die anwesenden Nationalsozialisten: „Ihr wißt, daß heute in unserem Volk viel Zwang ausgeübt und die Menschen oft nicht mehr zueinander Vertrauen haben. Die Kirche aber muß der Ort bleiben, wo Mensch zum Menschen ohne Zwang und Furcht offen gegeneinander sein dürfen."

Im Dom hielt Wehrkreispfarrer Müller den Gottesdienst. Er predigte über Joh. 6, 63—64 und übersetzte den Vers, in welchem es in der Luther-Uebersetzung heißt: „Es sind einige unter euch, die glauben nicht", mit den Worten: die kein Gottvertrauen haben. Gottvertrauen, hieß es, sei nicht innere Schlaffheit, sondern eine lebendige Kraft, ein Bewußtsein, ein Führen, eine Gewißheit, daß das Gute besser ist als das Böse, daß das Anständige besser ist als das Nichtanständige, das Vornehme besser als das Unvornehme, und daß die Wahrheit den allerletzten Sieg behalte. Darum sollten wir alle, die in diesen Zeiten stehen und kämpfen, unser innerliches Vertrauen und unsere letzte beste Kraft nehmen aus diesem starken, gewaltigen, heiligen Vertrauen zu Gott, die Kraft, keine Kompromisse einzugehen, bis der Sieg kommt, der den göttlichen Funken in sich trägt." — In der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche predigte Pfarrer Hossenfelder über das Wort: „Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat." Gott will, so führte er aus, den Staat um der Ordnung, aber auch um der Nation willen. Kirche ist überall da, wo die Menschen in Gemeinsamkeit singen: „Aus tiefer Not schrei ich zu dir", und die Antwort vernehmen: „Fürchtet euch nicht, euch ist der Heiland ge-

411 Stadt.Bibliothek S 839

horen". Ueberall da, wo der Ruf zur Freiheit und der erlösende Ruf Gottes zusammenklingen. Es darf in Deutschland keine Kanzel geben, auf der Reich Gottes und Vaterland gegeneinander ausgespielt werden. Der SA-Mann im braunen Ehrenkleide versteht die Botschaft der Bibel nur dann, wenn auf der Kanzel Männer stehen, von denen er weiß, daß sie das Dritte Reich lieben." — Am Nachmittag predigte in derselben Kirche Pfarrer Jacobi über Matth. 21, 12—16, und sagte, daß die wahre Kirche nicht die äußere glanzvolle Kirche der großen Ereignisse sei, sondern die Kirche der Kleinen und Armen, der „Hosianna" d. h. „Hilf uns doch" -Rufenden. Nach der Verlesung der Botschaft Hossenfelders machte Pfarrer Jacobi die Mitteilung, daß auf der Versammlung von Berliner Pfarrern beschlossen worden sei, falls es zu Verhaftungen von Pfarrern kommen sollte, den Gemeinden die Namen der Betreffenden bekannt zu geben. Er teilte demgemäß mit, daß am Sonntag morgen nach dem Gottesdienst in der Kirche zu Steglitz der 66jährige Pfarrer Großmann verhaftet worden sei. Wie wir hören, ist Pfarrer Gr. inzwischen freigelassen worden. Er hatte über Phil. 1, 15 ff. gepredigt: „Etliche zwar predigen Christum auch um Haß und Haders willen, etliche aber aus guter Meinung."

Dieses Stimmungsbild aus Berlin ist nur ein kleiner Ausschnitt aus der gewaltigen Bewegung und Erregung, die in Preußen durch die meisten Gottesdienste des vergangenen Sonntags gegangen ist.

Wie diese Bewegung auch einzelne Führer der Kirche in Bedrängnis gebracht hat, davon legt eine Erklärung des westfälischen Generalsuperintendenten D. Weirich, der durch den Wehrkreispfarrer Müller zur Mitarbeit am kirchlichen Verfassungswerk aufgefordert war, ein beredtes Zeugnis ab. Sie lautet folgendermaßen: „Es ist mir unsagbar schwer geworden, der Einladung zu dieser Sitzung, für die ich Herrn Wehrkreispfarrer Müller danken möchte, zu folgen. Wenn ich mich dennoch nach schweren inneren Bedenken dazu entschlossen habe, so ist das geschehen, weil ich Ihnen, der Sie ja westfälischer Pfarrer gewesen sind, durch mein Erscheinen bezeugen wollte, daß ich mich aus heißer Liebe zu meiner Kirche und zu meinem Volk der Mitarbeit am Verfassungswerk nicht grundsätzlich versage.

Aber um des Gewissens willen muß ich hier folgendes aussprechen: „Es ist eine Sitzung für morgen anberaumt. Ich halte mich aber verpflichtet, zu meinen Westfalen zurückzukehren, weil dort infolge der Vorgänge in der Altpreußischen Kirche Hunderte von Pfarrern und Gemeinden in schwerster Verwirrung und Gewissensnot sind. Ihnen habe ich beizustehen und nahe zu sein. Ist dieser Notstand durch den in Aussicht gestellten baldigen Friedensschluß beseitigt, so halte ich mich gern zur Mitarbeit zur Verfügung, wenn Sie mich wieder rufen. Solange aber der jetzige Zustand besteht, der sich u. a. dahin ausgewirkt hat, daß westfälische Pfarrer von Inhabern der Polizeigewalt vorgeladen sind, dort Befehl erhalten haben, und zwar im Namen der Preußischen Staatsregierung, daß sie von ihren kirchlichen Oberen, also auch von mir, keinerlei Weisungen mehr entgegenzunehmen hätten, muß ich sehen, daß ich meinen Pfarrern beistehe, die nicht verstehen würden, wenn ich in diesem Gremium jetzt und unter dem in Altpreußen bestehenden Zustande mitarbeiten würde."

Inzwischen hat es an Maßregelungen von solchen, die eine von der staatlichen Kirchenleitung abweichende Stellung einnahmen, nicht gefehlt. So ist der Superintendent von Berlin-Steglitz-Lichterfelde-Dahlem, Dr. Dieftel, von dem Bevollmächtigten des Staatskommissars für Brandenburg seines Amtes enthoben worden. Zahlreiche Pfarrer seines Bezirkes, darunter auch die Pfarrer der Gemeinde Dahlem hatten am letzten Sonntag außer den Erlassen des kommissarischen EDK. auch die Briefe Bodelschwinghs und den Aufruf der Generalsuperintendenten verlesen. Diese Dinge werden rasch der Vergessenheit anheimfallen, falls die Einladung des Reichsministers Dr. Frick zu einer Kirchenkonferenz aller Beteiligten eine neue Wendung des Kirchenstreites mit sich bringt. Zu zuversichtlicher Hoffnung in dieser Beziehung berechtigen die Worte, welche Wehrkreispfarrer Müller einleitend in einer auch von uns berichteten Unterredung mit einem Vertreter des Evangelischen Pressedienstes gesprochen hat: „Wir müssen uns daran gewöhnen, daß weder die „Deutschen Christen", noch die jungreformatorische Bewegung, weder die Kommissare des Staates noch die alten Kirchenvertretungen die Kirche sind. Wir alle müssen erst wieder Kirche werden."

In der Tat, darum handelt es sich, daß wir wieder Kirche werden, nicht so, daß dabei die sachlichen Gegensätze verwischt werden, wohl aber so, daß wir vom Evangelium her nicht eine Front gegen die andern, sondern für die andern haben. Kommt es hierin zu einer Einmütigkeit, so kann die gegenwärtige Kampfeszeit noch eine gewaltige Segensbedeutung für unsere Kirche und unser Volk haben.

W..m.

Hilfswerk für die Rußlanddeutschen.

Mitwirkung der Kirchengemeinden.

Die im Reichsausschuß „Brüder in Not" zusammengeschlossenen volksdeutschen und kirchlichen Verbände erlassen folgenden Aufruf:

„Eine furchtbare Hungersnot breitet sich über Rußland aus. Millionen von Menschen, Bauern und Arbeiter, sind ihr bereits zum Opfer gefallen. Ganze Landstriche sind ausgestorben. Verzweiflung und Grauen sind in die Dörfer und Städte eingezogen.

In diese Hungerkatastrophe sind anderthalb Millionen unserer deutschen Volks- und Glaubensgenossen mit hineingerissen. Zehntausende der treuesten und tüchtigsten deutschen Menschen werden von der Hungersnot dahingerafft. Tausende von Notschreien und Hilferufen geben täglich Kunde von der entsetzlichen Todesnot, in die sie schuldlos geraten sind. Gras, Baumrinde, Torf, Eidechsen, Frösche, Katzen, Hunde und Kadaver müssen den Zusammenbrechenden und Verzweifelnden als letzte Nahrung dienen. Auf den Feldern und an den Landstraßen liegen die Leichen der Verhungerten. Seuchen und Epidemien halten ihre grausige Ernte. Wir können nicht länger schweigen! In unbeirrbarer Treue zu unserem Volkstum, in grenzenloser Liebe zu unseren verderbenden Brüdern erheben wir laut und eindringlich vor aller Welt unsere Stimme. Es geht jetzt nicht mehr um diese oder jene Form des Lebens, es geht um das nackte Leben selbst.

Dieser Riesennot ist unsere bisherige Hilfe nicht gewachsen. Darum wenden wir uns an das gesamte Deutsche Volk mit dem Ruf: „Helft uns retten, ehe es zu spät ist!" Wir dürfen unsere Volksgenossen nicht der Vernichtung preisgeben. Ihre Rettung ist Sache aller Deutschen, im Reich und in der ganzen Welt!

Jeder Deutsche beweist die Verbundenheit mit seinen Brüdern, die in Not und Tod versinken, durch ein Opfer für die allgemeine Volkssammlung. Alle Spenden fließen auf das Postscheckkonto „Brüder in Not", Berlin 85000. In seinem schweren Kampf um Leben und Freiheit kann das deutsche Volk nicht allen Notleidenden in Rußland die rettende Hand bieten. Hier ersteht allen Völkern und Kirchen der Welt eine unabweisbare Pflicht und eine hohe Aufgabe. Im Namen der christlichen Nächstenliebe und der Menschlichkeit rufen wir unsere Freunde in aller Welt auf, sich in den Dienst der rettenden Liebe zu stellen und teilzunehmen am Rettungswerk für die hungernden Millionen in Rußland."

Die Kirchenleitung hat, wie bereits gemeldet, den Gemeinden nahgelegt, am kommenden Sonntag im Rahmen des Gottesdienstes der Not der deutschen Volksgenossen in Rußland zu gedenken.

Bielefelder auf Reisen —
Gute Wäsche tragen Ehrensache!
Als Bezugsquelle empfiehlt man immer gern
Wäsche-Schmitz
DÜPPELSTRASSE 7-9
Der Weg zur Düppelstraße lohnt sich!

Aufgaben der Treuhänder

Die Regelung der Zuständigkeit

Berlin, 7. Juli.

Der Reichsarbeitsminister teilt im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister mit:

Es besteht Veranlassung, erneut darauf hinzuweisen, daß für die Regelung der Arbeitsbedingungen im Streitfalle an Stelle der bisherigen Tarifvertragsparteien ausschließlich die vom Herrn Reichskanzler auf Grund des Gesetzes über Treuhänder der Arbeit vom 19. Mai 1933 und der hierzu ergangenen Durchführungsverordnung vom 13. Juni 1933 ernannten Treuhänder der Arbeit zuständig sind.

Es ist nach ausdrücklicher Erklärung und Anweisung des Führers der Deutschen Arbeitsfront, Herrn Dr. Ley, nicht Aufgabe der von der Deutschen Arbeitsfront ernannten Bezirksleiter bzw. der Bezirksleiter der NSBO., in die Gestaltung der Arbeitsbedingungen einzugreifen. Auch diese **Stellen sind an die ausschließliche Zuständigkeit der Treuhänder der Arbeit, wie sie sich aus dem Gesetz vom 19. Mai 1933 (Par. 2) ergibt, gebunden und leiten die sich aus diesem Gesetz ergebenden Fragen an den Treuhänder der Arbeit weiter.**

Bis zur endgültigen Gestaltung des ständischen Aufbaues gelten nur die bisherigen „wirtschaftlichen Vereinigungen" im Sinne des Treuhändergesetzes vom 14. Mai 1933 und der Tarifvertragsverordnung vom 1. März 1928 als Träger der vom Treuhänder festzusetzenden Tarifverträge. Welche Vereinigungen dafür in Frage kommen, ist bekannt. Es kommen danach z. B. Kammern irgendwelcher Art als Tarifträger nicht in Betracht

Erste Anordnungen

Düsseldorf, 7. Juli.

Der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Westfalen, Dr. Klein-Düsseldorf, hat seine Tätigkeit mit der Anordnung aufgenommen, daß Streiks und Aussperrungen jeglicher Art verboten sind. Für jede Neuregelung von Gesamtarbeitsverträgen ist die persönliche Entscheidung des Treuhänders erforderlich.

Der Treuhänder untersagt nachdrücklich jeden eigenmächtigen Eingriff von Unbefugten in die Betriebe oder die wirtschaftlichen Verbandsorganisationen.

Notstandsprogramm für Oberschlesien

Oppeln, 7. Juli.

Der Präsident der Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien, Bergassessor Radmann, hat dem preußischen Ministerpräsidenten und dem Staatskommissar im Reichswirtschaftsministerium Dr. Feder eine Denkschrift zugehen lassen, die Vorschläge für ein Notstandsprogramm für die Provinz Oberschlesien enthält. In der Denkschrift werden als Hilfsmaßnahmen vorgeschlagen: Bereitstellung neuer Geldmittel; Lösung der Flüchtlingsfrage durch Siedlung; Bekämpfung der Frachtenferne durch Verkehrserleichterungen; Bau neuer Eisenbahnlinien; Ausbau der West-Ost-Straßen und Bau neuer Oderbrücken bei Conty und Birauer; Ausbau der leistungsfähigen Schiffahrtsstraßen.

Aufwertung — Hauszinssteuer.

Die Aufnahme dieser Ausführungen hat sich reichlich lange verzögert. Wir nehmen aber an, daß viele Leser auch diesen Darlegungen aus der Praxis des Lebens heraus starkes Interesse entgegen bringen werden.

Als alter Leser möchte ich auch einmal zu etwas Stellung nehmen. Ich meine das Kapitel „Aufwertung — Hauszinssteuer". Und heute im beonderen den Artikel „Wem gehört die Hauszinssteuer?" (Nr. 92 von Teuffert).

Ich kaufte 1912 einen gut gelegenen Bauplatz in hiesigem Industrieorte für 16 000 Mark etwa 900 Quadratmeter groß und baute darauf ein Haus im Werte von 102 000 Mark. Das Jahr 1912 brachte den türkisch-bulgarischen Krieg. Vom Staate wurde verfügt, daß ¾ aller Sparkassen-Einlagen in Staatspapieren angelegt würden. Es waren deshalb schwer Hypotheken aufzutreiben, Baugeld bekam ich in Höhe von 65 000 Mark von einer Bank geliehen. In jener Zeit ging der Zinsfuß der Banken auf 9 Prozent in die Höhe. Eine Bank, bei der ich wie meine Mutter Geld angelegt hatten, das als Rest-Baugeld dienen sollte, brach zusammen; und so kam es, daß sich bei Fertigstellung des Hauses dasselbe sich auf etwa 125 000 Mark stellte und eine Schuldenlast von rund 100 000 Mark darauf ruhte. Ich muß allerdings bekennen, daß alles gut und komfortabel gebaut worden ist. Aber der Effekt war, daß es sich so schlecht verzinste, daß nur ½ Prozent für laufende Unkosten übrig blieb, und mir selbst für eigenes Kapital keine Verzinsung abfiel.

Nun kam der Krieg. Man sollte zum Krieg eingezogenen Mietern entgegenkommen. Man mußte dies, denn man hatte ja ein großes Haus. Eigene Sorgen und Kummer glaubte man nicht. „Sie haben ja das große Haus," so hieß es immer wieder. Es kam die Inflation. Die Mieter zahlten noch vierteljährliche Miete nachträglich, und so kam es, daß ein Zahnarzt, der — als einziger am Orte von 14 000 Einwohnern — Goldplomben und andere Arbeiten nur gegen Ablieferung von Goldstücken machte, und seinen Gewinn immer gleich in Platinkäufen anlegte, bei einer Mietzahlung sagen konnte, es entspricht einem Viertelpfund Butter. Für 6 Zimmer, Arbeitsraum, Küche, Bad und sonstiges Zubehör. — Zwangsbewirtschaftung. — Was hatte ich verbrochen? Ich hatte für 8 Mieter schöne, gesunde Wohnung geschaffen und wurde unter Zwang gestellt. In einer Zeit, wo das Geld rollte, in der die Mieter sich zum Teil neu einrichteten, Klubsessel, wunderbare Lampen, kurz manchen Luxus leisteten, stand der Wirt unter Zwang, und er konnte sehen, daß er zurechtkam. Und als dann die 100 Prozent Mietzuschlag kamen, glaubte man, nun kann der Wirt sich im Gelde wälzen. Ein Mieter-Rat wurde gebildet. Ich übergab dem dafür geeignetsten Mieter, einem Katasterdirektor, alle Unterlagen und bat ihn, das Haus zu verwalten und die Ueberschüsse zu verteilen. Nach drei Monaten gab er mir alles zurück, weil er aus seiner Tasche nichts zuschießen konnte. Das kann ja der Wirt, er hat das große Haus. Die Stabilisierung kam. Zwangsweise 25 Prozent der Friedensmiete. Es konnte im Krieg und in der Inflation fast nichts gemacht werden. Fenster und alle äußeren Holzteile mußten neu mit Oelfarbe gestrichen werden. Die Mieter sollten mit herangezogen werden können. Was tut ein Wirt gegen 8 Mieter, Masse entscheidet; da waren solche, welche sich sonst nicht zur Masse rechnen wollten, auf einmal Masse. Ich konnte immer wieder die Lage, meine Lage, klarlegen. „Sie haben ja das Haus," war immer die Antwort. So sind die Jahre dahingegangen. Fleiß und ehrliches Kämpfen und Ringen, meine Frau an meiner Seite. So konnte ich der Versuchung widerstehen, das Grundstück einem Ausländer zu verkaufen, weil ich als Christ glaubte, diese Not könnte nicht von Dauer sein. Ich konnte nun aber auch die Wohnungen innen nicht erneuern lassen und ließ die gesetzlichen 4 Prozent für Schönheitsreparaturen von der Miete kürzen. Es konnte so jeder Mieter seine Wohnung nach seinem Schönheitsempfinden halten. Was erlebt aber ein Wirt nun, da es Neubauwohnungen genügend gibt, oder wenn durch Tod oder Wegzug eine Wohnung leer wird? Es ist nichts für die Wohnung getan worden, oder es ist ein billiger Pfuscher herangezogen worden, der ein Zimmer hergerichtet hat, das der sonstigen Lebenshaltung des Mieters nicht entspricht. Kurz, die Wohnung sieht so aus, daß sie, weil man einem neuen Mieter eben nur eine saubere Wohnung zeigen kann, alles neu herrichten lassen muß. Da sind Lichtschalter nicht in Ordnung, am Klosett fehlt's am Deckel, an der Zugvorrichtung fehlt der Porzellangriff, Badeofen, Küchenofen, Zimmeröfen müssen umgesetzt werden. Kurz eine durchgreifende Renovierung von einer 4 Zimmer-Wohnung mit Küche, Bad, usw. kostete rund 500,— Mark. Bei Mietern, welche man halten möchte, läßt man natürlich auch renovieren. Und die eigene Wohnung bleibt noch ein Jahr. Vielleicht wird es einmal besser. Ich habe ja noch das Haus. Meine Frau deckt längst ein Hügel, und meine Kinder arbeiten mit mir, das Haus zu erhalten. Ja, wir haben noch das Haus und ich habe noch 25 000 Mark Schulden. Ich habe niemanden mit Papierlappen abgefunden, zahle jährlich rund 4000 Mark Hauszinssteuer an den Staat, der mir noch nie etwas geholfen, zahle auch, weil ich das große Haus habe, einige hundert Mark Vermögensteuer, trotzdem ich einem Mieter, der von Anfang bei mir wohnte und ein Wäschegeschäft betrieb — weil er Miete nicht zahlen konnte — die Miete erließ. Ich setzte nach genauer Aufstellung 2000 Mark im Jahre 1932 zu. Ich zog es nicht aus dem Hause, aus meinem Geschäft mußte ich es herausziehen.

Ich ersuchte die Steuerbehörde, mir entgegenzukommen und doch Rücksicht zu nehmen auf meine Verluste. „Haben Sie schon pfänden lassen? Werfen Sie ihn hinaus, wenn er keine Miete zahlt," war die Antwort. Ich bin aber Christ, bin Mitglied des Kirchenrats und Vorstandsmitglied der Kreissynode. Und ich habe noch das große Haus, welches erst 20 Jahre alt ist.

Armer Hausbesitzer, der ein altes Haus hat, o wie leid tust du mir. Leidet mutig, Millionen, leidet für die bessere Welt. Bei der Einheitsbewertung ist mein schönes Haus

Statt Abrüstung Wettrüsten

„Die Abrüstungsfrage hoffnungslos" sagt Amerika

Amerika tritt 1935 vom Londoner Flottenvertrag zurück.

— Washington, 6. Juli. Wie verlautet, ist Amerika entschlossen, mit Ablauf des Londoner Flottenvertrages am Ende des Jahres 1935 von diesem Vertrag zurückzutreten. Präsident Roosevelt sei gewillt, die Flotte dann nach eigenem Gutdünken auszubauen. Die amerikanische Regierung sei von der Hoffnungslosigkeit der Flottenverhandlungen überzeugt, nachdem sich Japan zum Rücktritt von dem Londoner Vertrag entschlossen habe, falls ihm nicht die volle Flottengleichheit zugestanden werde.

Die Meldung, daß Norman Davis zur nächsten Genfer Tagung nicht erscheinen werde, wird bestätigt. Die Washingtoner Regierung sei überzeugt, daß die Lage in Genf hoffnungslos sei. An einer Erörterung der Landabrüstung sei Amerika nicht interessiert. Roosevelt sei außerordentlich verärgert über die kalte Aufnahme seines Abrüstungsvorschlags. Das bekannte amerikanische Flottenprogramm wird mittlerweile auf Grund einer Spezialorder Roosevelts weiter ausgearbeitet.

Das Fiasko in London

Während in London das Büro der Weltwirtschaftskonferenz zusammentrat, veröffentlichte die englische Nachrichtenagentur Reuter eine Meldung, nach der das Sekretariat der Konferenz zum Sonnabend Vorbereitungen für die Uebersiedlung nach Genf getroffen hat.

Bei der **Wertung der Verhandlungen in London darf deutscherseits nicht übersehen werden, daß einen Teil der Schuld an dem Mißerfolg der Block der Goldwährungsländer zu tragen hat, der unter der Führung Frankreichs, Hollands und der Schweiz in London in Aktion getreten ist. Deutschland ist zu den Verhandlungen dieses Blockes, die außerhalb der eigentlichen Konferenz stattfanden, nicht zugezogen worden. Gerade deshalb können wir in aller Objektivität feststellen, daß Frankreich, die Schweiz und Holland in der Kernfrage mindestens eine ebenso intransigente Haltung gezeigt haben wie die Vereinigten Staaten.**

Die Kernfrage ist für Roosevelt und die Vereinigten Staaten nicht die Stabilisierung des Dollars gewesen, sondern vielmehr die

Ordnung der Schuldverhältnisse,

die durch den allgemeinen Niedergang des Preisniveaus in Unordnung geraten sind. In diesem Zustande sieht Roosevelt mit Recht den wirklichen Grund für die Stagnation des internationalen Güteraustausches, für den Niedergang der Gütererzeugung und für die Arbeitslosigkeit. Bei all seinen Maßnahmen hat Roosevelt offenbar als Ziel die Ueberwindung dieses Zustandes im Auge gehabt. Und gerade in diesem Punkte haben die Gläubigerländer, Frankreich, Schweiz und Holland, völlig versagt.

Bezeichnend ist, daß sich eben in diesen Ländern jetzt Vereinigungen gegen die Nichtanerkennung der Goldklausel in Schuldnerverträgen gebildet haben. Deutschland hat bei seinen Verhandlungen über das Transfermoratorium von diesem Shylock-Standpunkt genug zu spüren bekommen.

Es fehlt diesen Ländern alles Verständnis für die Notwendigkeit des Lebens der Völker und für den unbedingt zu bejahenden Lebenswillen von 30 Millionen Arbeitslosen, der doch den Vorrang vor solchen Schulden haben muß, die unter ganz anderen Voraussetzungen zustande kamen.

In diesem Problem liegt der Schlüssel für die Haltung Roosevelts. In dem Versagen der Goldblockländer gegenüber diesem Problem liegt die Ursache für das Scheitern der Weltwirtschaftskonferenz.

*

Die übliche Kampferspritze.

Erfolgsaussichten bleiben gering.

London, 7. Juli.

Nach Schluß der Sitzung des Büros der Weltwirtschaftskonferenz wurde folgende offizielle Erklärung abgegeben: „Das Büro der Weltwirtschaftskonferenz nahm bei der Wiederaufnahme der Aussprache über den gegenwärtigen Stand der Arbeiten der Konferenz einstimmig folgende Entschließung an, die von MacDonald nach Beratung mit einer Reihe von Kollegen eingebracht worden war:

Während das Büro fest entschlossen ist, mit der Arbeit der Konferenz in äußerst möglichem Ausmaß und so schnell wie möglich fortzuschreiten, und während auf Grund der Umstände, die sich kürzlich ergeben haben, die Goldstandardländer sich verpflichtet fühlen zu erklären, daß es vorläufig für sie unmöglich ist, an irgendeiner Diskussion über monetäre Fragen teilzunehmen, ist das Büro einstimmig übereingekommen,

a) jede Unterkommission aufzufordern, so bald wie möglich zusammenzutreten, um eine Liste der Fragen aufzustellen, die unter diesen Umständen von den Ausschüssen erfolgreich untersucht werden können;

b) sobald die Berichte der Unterkommissionen eingetroffen sind, zusammenzutreten, um Vorschläge bezüglich der weiteren Arrangements zu machen, die für die weitere Arbeit der Konferenz unterbreitet werden sollen."

Das Büro wird am Montag zusammentreten, um die von den Unterkommissionen eingeforderten Berichte in Empfang zu nehmen.

Wenn somit die Verhandlungen der Weltwirtschaftskonferenz zunächst weitergehen, so sind doch die Erfolgsaussichten der Methode, nun von den Kommissionen selbst Vorschläge darüber ausarbeiten zu lassen, wie sie ihre Arbeiten fortzusetzen gedenken, nicht geeignet, die Konferenz am Leben zu erhalten. Im ganzen betrachtet, rechnet man damit, daß die Weltwirtschaftskonferenz nunmehr in der nächsten Woche ihren absoluten Abschluß finden wird.

Schacht zur Währungsfrage

Ein Standpunkt, den wir nicht teilen.

London, 7. Juli.

Unter der Ueberschrift „Warum ich glaube, daß Roosevelt unrecht hat" veröffentlicht „Evening Standard" eine Stellungnahme des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zur Entwertungspolitik der Vereinigten Staaten und Großbritanniens.

Stabilisierung der Währungen sei für die heutige Welt wesentlich.

Er glaube fest an den Goldstandard. Präsident Roosevelt und Großbritannien hätten unrecht daran getan, ihre stabile Währung aufzugeben, aber der erste Schritt zur Wiederherstellung der Wirtschaftsstabilität sei für jedes Land, sein eigenes Haus in Ordnung zu bringen.

Es wäre besser gewesen, wenn Amerika, Skandinavien und Großbritannien bei dem Goldstandard geblieben wären.

Obgleich dies eine schwere Schuldenlast für Deutschland bedeutet hätte, wäre jedenfalls seine Verdienstmöglichkeit dabei unberührt geblieben.

Mussolini begab sich an Bord der „Aurora", um dem Abschluß der Flottenübungen beizuwohnen.

Staatssekretär Reinhardt im Rundfunk

Zeigt daß ihr Volksgenossen seid!

Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Fritz Reinhardt, hat durch Rundfunk an alle Volksgenossen und Volksgenossinnen den folgenden Aufruf gerichtet:

„Dem Aufruf, den ich im Auftrag der Reichsregierung heute vor einer Woche an alle Volksgenossen und Volksgenossinnen durch Rundfunk gerichtet habe, ist zahlreich Folge geleistet worden. Unzählige Beamte und Angestellte haben einen Teil ihres am 30. Juni fällig gewesenen Gehalts und unzählige Arbeiter einen Teil ihres am 1. Juli fällig gewesenen Lohnes als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit geleistet. Sie haben darüber hinaus ihren Arbeitgeber ersucht, ihnen bis auf Widerruf von ihrem Gehalt oder Lohn einen bestimmten Hundertsatz einzubehalten und den Betrag als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit für sie an das Finanzamt abzuführen. Wo ein solches Ersuchen gestellt worden ist, behält der Arbeitgeber bis auf weiteres den vom Arbeitnehmer bestimmten Teil des Lohnes ein, um diesen für den Arbeitnehmer als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit an das Finanzamt abzuführen.

Bei der Berechnung des Abzugs der Lohnsteuer vom Arbeitslohn ist in dem Fall nicht vom rohen Arbeitslohn, sondern von dem um den Spendenbetrag gekürzten Lohnbetrag auszugehen. Auf diese Weise ermäßigt sich jedesmal der Betrag der vom Arbeitgeber einzubehaltenden Lohnsteuer.

Ein Beamter, Angestellter oder Arbeiter, der ein Ersuchen der bezeichneten Art an seinen Arbeitgeber gerichtet hat, kann dieses Ersuchen jederzeit widerrufen. Er ist also nicht verpflichtet, sich einen bestimmten Hundertsatz auf eine bestimmte Zeit abziehen zu lassen, sondern es steht ihm vollkommen frei, wie lange er sich an dem großen Werk der freiwilligen Spende zur Förderung der nationalen Arbeit beteiligen will.

Ein Beamter, Angestellter oder Arbeiter, der ein Ersuchen der bezeichneten Art an seinen Arbeitgeber noch nicht gerichtet hat, holt das so schnell wie möglich nach, wenn auch er zum Ausdruck zu bringen wünscht, daß er sich denjenigen Volksgenossen gegenüber, die ohne Arbeit und ohne natürliches Einkommen sind, verbunden fühlt.

Diejenigen Volksgenossen und Volksgenossinnen, die nicht in einem Arbeitnehmerverhältnis stehen, sondern Unternehmer, Angehörige eines freien Berufs oder Rentner sind, und die großen Lohn- und Gehaltsempfänger erhalten in den nächsten Tagen und Wochen den Einkommensteuerveranlagungsbescheid für das Jahr 1932. Viele dieser Volksgenossen werden diesem Steuerbescheid gemäß einen Erstattungsanspruch an das Finanzamt haben, nämlich dann, wenn die Summe der für 1932 festgesetzten Einkommensteuer unter der Summe der geleisteten Vorauszahlungen zurückbleibt. Von solchen Volksgenossen und Volksgenossinnen ist zu wünschen, daß sie nach Erhalt des Steuerbescheids an das Finanzamt das Ersuchen richten, ihnen in Höhe des Erstattungsbetrags einen Spendenschein zu senden. Das bedeutet, daß der Steuerpflichtige das Finanzamt ersucht, den ihm im Weg der Erstattung zustehenden Betrag als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit zu verwenden und ihm darüber einen entsprechenden Spendenschein zu senden.

Diejenigen Volksgenossen, die Aufsichtsratsvergütungen beziehen, ersuchen die Gesellschaft, deren Aufsichtsrat sie angehören, von dem Betrag der jeweils zur Auszahlung kommenden Aufsichtsratsvergütung einen angemessenen Hundertsatz als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit einzubehalten und für sie an das Finanzamt abzuführen.

Die freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit kann geleistet werden:

1. in bar, durch Zahlkarte, durch Postscheküberweisung oder durch Banküberweisung, oder
2. durch das Ersuchen an den Arbeitgeber, einen bestimmten Hundertsatz des Lohnes oder Gehalts als freiwillige Spende einzubehalten und an das Finanzamt abzuführen, oder
3. durch das Ersuchen an das Finanzamt, einen zuviel gezahlten Steuerbetrag als freiwillige Spende zu verwenden, oder
4. durch das Ersuchen an die Kapitalgesellschaft, einen bestimmten Hundertsatz der Aufsichtsratsvergütung als freiwillige Spende einzubehalten und an das Finanzamt abzuführen.

Jeder Betrag, der, einerlei in welcher Form, als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit gegeben wird, fließt einem Sondervermögen des Reichs zu. Dieses wird restlos verwendet, zur Finanzierung öffentlicher Aufträge und somit zur Vermehrung der Arbeit und zu Verminderung der Arbeitslosigkeit. Jeder Betrag, der als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit gegeben wird, und sei er noch so klein, bedeutet Arbeit; denn jeder Betrag wird verwendet zur Vermehrung der Arbeit.

Freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit wird nicht nur von natürlichen Personen geleistet, sondern auch von Kapitalgesellschaften, Vereinen und Verbänden.

Es sei hier beispielsweise nur an den nationalsozialistischen Lehrerbund des Gaues Sachsen gedacht, der 120 000 Reichsmark freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit geleistet hat,

an den Bund der Reichssteuerbeamten, der 20 000 Reichsmark als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit geleistet hat, usw.

Deutsche Männer und Frauen, zeigt, daß Ihr Volksgenossen und Volksgenossinnen seid, beteiligt Euch alle an der freiwilligen Spende zur Förderung der nationalen Arbeit, dem großen Werk der Verminderung der Arbeitslosigkeit und damit des wirtschaftlichen und sozialen Aufbaues der Nation!"

---

mit 80 000 Mark bewertet worden. Ich könnte es aber als ehrlicher Mensch niemandem für diesen Preis verkaufen, weil der Käufer damit nicht zurecht käme und mich verfluchen könnte. Außer er könnte auf eine Verzinsung seines Anlage-Kapitals verzichten..

Und nun schreibt Teuffert von Neu-Aufwertung. Hat der Artikelschreiber nicht auch im Aufwärts schon gelesen, daß der Krieg ein ungeheures Schicksal für unser Volk war? Kann er die Verluste, die er geschlagen, je einer Mutter oder einem Vater aufwerten? Weiß er, ob alles Geld, welches durch die Inflation verloren ging, alles redlich und sauer erworbenes Geld ist. Ob nicht an manchem Kapitalbesitz bitterer Fluch hing? Weiß er, daß sein ganzes Denken nur Kapital ist? Daß das Geld ein Dämon, etwas Teuflisches ist und schon manchen zum Mörder werden ließ. Ist es nicht so, daß wir den heutigen Umschwung gar nicht erlebt hätten, wenn die Not das Volk nicht zusammengetrieben hätte. War es nicht das Geld, was selbst gut gestellte Staatsbeamte noch zu Verbrechern werden ließ. 25 000 Mark Schulden auf dem Grundstück und 2000 Mark Unterbilanz am Grundstück. Wer's nicht tragen könnte und habgierige Gläubiger hätte, ging ohne sein aufgewertetes Kapital nackt aus dem Hause. Vergessen habe ich allerdings zu erwähnen, daß ich 4000 Mark zur Durchführung einer Kanalisation von gut bekannter Dame auf Schuldschein leihen mußte. Vor vier Jahren mit 10 Prozent Zinsen, welche jetzt seit Januar auf 8 Prozent ermäßigt wurden. Es wurde mir aber bedeutet, daß sie das Kapital jederzeit zurücknehmen würde, da sie es in 12-prozentigen Anleihen anlegen könnte. Zahle nur immer, Hausbesitz, denn du mußt ja stille halten. Du bist ja, der nur immer Miete fordert. Daran, daß er ein Heim zur Verfügung stellt, welche Freude und Leid, Lieb und Lust und alles Erleben in sich aufnimmt, daran denken wenige. Daß es ganz in den Händen der Mieter liegt, eine Hütte Gottes oder eine Hölle aus dem Wohnraum oder in demselben zu gestalten. Geld ist ein Dämon, etwas Teuflisches. Gelddenken ist ein Kopfdenken. Unsere Zeit erfordert aber ein Herzdenken. Ja, Denken mit dem Herzen gibt es auch. Eins scheidet das andere aus.

So, lieber Aufwärts, nun ist es wohl das erste Mal, daß auch ein Hauswirt oder Hausbesitzer sich offenbart. Zu verstecken hat er ja nichts; jeder Quadratmeter Wohnraum ist ja behördlich eingetragen. Jede Belastung ebenfalls. Er wird immer ein willkommenes Objekt für die Steuerbehörde bleiben. Aber als die Inflation vorbei war, da hörte man, was an Auslandspapieren verloren wurde. Rumänische, ungarische usw. Wertpapiere waren nichts, waren aber meist auch nicht versteuert worden. Vielleicht melden sie sich einmal zu Wort. Es waren meist Beamte, die das Gehalt vom Staate bezogen und die Ersparnisse dem Ausland zuschoben. Hätten diese alle im deutschen Vaterlande eine Scholle erworben und ein Haus gebaut, so hätte es kein Wohnungselend, aber auch nicht so viele Demokraten gegeben, soviele Pazifisten, die das Unglück unseres Vaterlandes mit verschuldet haben.

Am Ende.

Hinweis.

Nur deutsche Erzeugnisse schaffen Arbeit und Brot!

Diese Tatsache muß heute besonders von jedem einzelnen deutschen Volksgenossen beachtet werden, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse eine Besserung erfahren sollen. Es liegt ja klar auf der Hand, durch Kauf deutscher Ware dienen wir nicht nur der Wirtschaft, sondern auch dem ganzen deutschen Volk und vor allen Dingen der deutschen Arbeitskraft. Der Ruf „kauft deutsche Ware" hatte noch nie eine solche Berechtigung wie heutzutage.

In erfreulicher Weise hat sich die überall bekannte Textilmanufaktur Haagen Wilhelm Schöpflin Haagen/Baden schon längst die Aufgabe gestellt, durch Verkauf nur deutscher Ware der deutschen Wirtschaft zu dienen. Die berühmten Wiesentaler-Webstoffe, welche die Firma an alle Orte Deutschlands liefert, geben am besten Zeugnis von deutschem Fleiß und deutscher Arbeit.

Wir möchten daher ganz besonders auf den in dieser Ausgabe beigefügten Prospekt der Textilmanufaktur Haagen hinweisen und eine Probebestellung empfehlen.

Erweiterte Personalkrediterteilung der Sparkassen. Wie verlautet hat der preußische Minister für Wirtschaft und Arbeit den Sparkassen gestattet, Darlehen gegen einfachen Schuldschein allgemein bis zu 1000 Reichsmark und in Ausnahmefällen bis zu 2000 Reichsmark zu gewähren.

Ostpreußen-Programm

Industrialisierung – Oeffentliche Arbeiten Nationaluniversität

Königsberg, 7. Juli.

Die „Preußische Zeitung" veröffentlicht aus der Chefbesprechung in der Reichskanzlei über die Rettungsaktion für Ostpreußen nähere Einzelheiten. Danach stehen folgende Maßnahmen bevor:

Die Provinz Ostpreußen soll weitgehend industrialisiert werden, und zwar durch Schaffung von Filialbetrieben der im Reiche bereits bestehenden Industrien und durch Verlegung von Betrieben der weiterverarbeitenden Industrie in die ausschließlich ländlichen ostpreußischen Bezirke. In Frage kommen vor allem die Metall- und die Textilindustrie. Zugleich will man den Belegschaften, also den Arbeitern und Angestellten, genügend Land zuteilen, um einen bodenständigen Stand zu schaffen, etwa nach der wirtschaftlichen Struktur Württembergs. Ebenso ist an die Auswertung der gegebenen Ausfuhrmöglichkeiten gedacht und die Neuanlage bzw. der Ausbau von Wasserstraßen geplant.

Der Industrie soll ein ausreichender Auftragsbestand für eine Reihe von Jahren zugesichert werden. Zu diesem Zweck wird der Anteil Ostpreußens bei der Vergebung von öffentlichen Arbeiten über den Bevölkerungsanteil hinaus erhöht werden.

Um Ostpreußen auch zu einer kulturellen Kraftquelle zu machen, ist in Verwirklichung eines besonderen Gedankens des Reichskanzlers Adolf Hitler daran gedacht, die Königsberger Universität zu einer Nationaluniversität auszubauen und vielleicht auch ein großes Nationaltheater in Ostpreußen zu schaffen.

13 Landes-Propagandaleiter

Empfang der zukünftigen Landespropagandaleiter durch Reichsminister Dr. Goebbels.

Berlin, 7. Juli.

Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Dr. Goebbels empfing 13 zur Leitung der Landesstellen des Propagandaministeriums in Aussicht genommene Herren zu einer ersten Besprechung. Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda hat jetzt einen Unterbau erhalten, indem 13 Landesstellen eingerichtet worden sind, die den Bezirken der Landesarbeitsämter angeglichen wurden. Den Leitern dieser Landespropagandastellen wird nur ein kleiner Stab zugeteilt.

Die Einrichtung der Landesstellen ist erfolgt, weil das Propagandaministerium zur Erfüllung seiner Aufgaben die enge Verbindung mit den deutschen Volksstämmen und Landschaften braucht.

Dr. Krukenberg beurlaubt

Berlin, 7. Juli.

Wie amtlich mitgeteilt wird, ist Dr. Krukenberg als Geschäftsführer der Reichsrundfunkgesellschaft beurlaubt worden.

Neue Oberpräsidenten

Drei kommissarische Oberpräsidenten und fünf Regierungspräsidenten im Amt bestätigt.

Berlin, 7. Juli.

Der bisherige kommissarische Oberpräsident Seine Königliche Hoheit Prinz Philipp von Hessen in Kassel wurde zum Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau ernannt, der kommissarische Oberpräsident Freiherr Ferdinand von Lüninck in Münster zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen und Freiherr Hermann von Lüninck in Koblenz zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz.

Endgültig zu Regierungspräsidenten ernannt wurden die bisherigen kommissarischen Regierungspräsidenten Dr. zur Bonsen in Köln, von Monbart in Kassel, Freiherr von Oeynhausen in Minden, Dr. von Stockhausen in Arnsberg, Zschintzsch in Wiesbaden.

Ferner wurden der stellvertretende Polizeipräsident von Pfeffer in Kassel und der Vizepräsident des Oberpräsidiums in Königsberg i. Pr., Dr. Bethke, endgültig bestätigt.

Massenkundgebung der Beamten

Erst Deutscher, dann Beamter.

Berlin, 7. Juli.

Die Beamtenabteilung der NSDAP. und der Deutsche Beamtenbund veranstalteten im Berliner Sportpalast eine Massenkundgebung, an der etwa 18 000 Beamte teilnahmen. Der Reichsstatthalter in Hessen und Ehrenvorsitzende des nationalsozialistischen Beamtenbundes, Sprenger, führte aus, das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums gebe Möglichkeiten zur Reinigung des staatlichen Verwaltungsapparates, berge aber auch große Gefahren in sich. Durch Ruhegehälter würde der Haushalt der Gemeinden bis zur Unerträglichkeit belastet.

Dementsprechend müsse das Gesetz dahin fortentwickelt werden, daß alle Schädlinge ohne Belastung des Steuergroschens der Bevölkerung entfernt werden können. Zum vorübergehenden Ausgleich der Härten könne die Sicherung einer angemessenen Lebenshaltung gewährleistet werden.

Alles müsse in der Fortentwicklung einheitlich geschehen: Ein Reich — ein Beamtenrecht, gleichgültig, ob für Kommunal-, Staats- oder Reichsbeamte. Der Beamte, der Zivilsoldat des Staates ist, müsse dementsprechend als gebundener Stand herausgestellt werden, in Fortentwicklung des Grundsatzes des großen Preußenkönigs: Ich bin der erste Diener meines Staates.

Der bayerische Kultusminister Schemm betonte, die berufenen Erzieher seien diejenigen, die dem Lebenszentrum des Staates, der Macht, am nächsten stehen. Der Reichsorganisationsleiter der nationalsozialistischen Beamtenabteilung und Führer des Deutschen Beamtenbundes, Hermann Neef, erklärte, es gelte, in staatspolitischen Kursen die deutsche Beamtenschaft im Geiste des Nationalsozialismus zu erziehen.

Hetze im Unterhaus

Einmischungsversuch in innerpolitische Angelegenheiten Deutschlands.

Im Verlaufe einer Aussprache im englischen Unterhaus steuerten erneut verschiedene Redner Beiträge zur Verleumdung Deutschlands bei. Selbst der englische Außenminister Sir John Simon, sprach von einem „Gefühl der Bestürzung und der Sorge über die Lage gewisser Minderheiten in Deutschland". Auf eine Frage, ob das Rote Kreuz nicht den Menschen zu Hilfe kommen könne, die in Deutschland „halb verhungert seien", erwiderte Sir Simon, er müsse die Frage zunächst prüfen.

Dazu ist zu sagen, daß, wie England eine Einmischung in innerpolitische Angelegenheiten nicht wünscht, auch Deutschland solche Einmischungsversuche ablehnt, und das um so mehr, als Sir John Simon weder im Hinblick auf Tatsachen richtig unterrichtet ist, noch auch dem, was in Deutschland vor sich geht, das notwendige Verständnis entgegenbringt. Wo in Deutschland „halbverhungerte Menschen" gefunden sein sollen, bleibt sein Geheimnis. Daß es ferner in der Judenfrage darum geht, das jüdische Element auf das Maß an Beteiligung am öffentlichen Leben zurückzuführen, wie ihm seiner anteiligen Bevölkerungsziffer nach tatsächlich zukommt, scheint Simon nicht erkannt zu haben.

Säuberung der Universitäten

Restlose Entfernung aller kommunistischen Studenten von preußischen Hochschulen.

Berlin, 7. Juli.

Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat verfügt, daß alle Studierenden an preußischen Hochschulen, die sich in den letzten Jahren nachweislich in kommunistischem Sinne betätigt haben (auch ohne Mitglied der KPD. zu sein), mit sofortiger Wirkung von dem Universitätsstudium auszuschließen sind.

Amtsanmaßung von Zeitungswerbern

Berlin, 7. Juli.

Es ist festgestellt worden, daß in letzter Zeit mehrfach versucht worden ist, Eintritt in Wohnungen zu erhalten unter der Vorgabe, von der Reichspressestelle mit der Nachprüfung von Presseangelegenheiten, Zeitungsbezug usw. beauftragt zu sein. Es handelte sich dabei zumeist um Abonnementswerbungen für Zeitungen und Zeitschriften. Zum Teil wurde bei diesen Versuchen unerlaubterweise SA.-Uniform getragen.

Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda weist darauf hin, daß von der Abteilung Presse niemand zu derartigen Handlungen beauftragt worden ist, und ersucht jeden, bei dem Betrüger oder Provokateure unter diesem Vorgeben und unter mißbräuchlicher Benutzung des Braunhemds einzudringen versuchen, diese sofort der Polizei zu übergeben.

Spende Hindenburgs

Für die Sammlung „Brüder in Not".

Berlin, 7. Juli.

Reichspräsident von Hindenburg hat für die Sammlung „Brüder in Not", für die Reichskanzler Adolf Hitler bereits 1000 Mark gestiftet hat, ebenfalls einen namhaften Betrag gespendet.

Arbeitsdienst im Ausland

Der Arbeitsdienstgedanke marschiert, nicht nur im Reich sondern auch draußen in der Welt. Aus Großbritannien kommt die Nachricht, daß in Südafrika die ersten Versuche für Arbeitsdienst gemacht werden. Die Regierung hat dort die Bildung eines Special-Service-Bataillons genehmigt, das eine Stärke von 17 Offizieren und 1521 Mann haben soll. Der Zweck dieses Bataillons ist, Arbeitskräfte zwischen 17 und 22 Jahren auf Zeit als Arbeitswillige zu erfassen. Dieses Bataillon soll als Sammelstelle gelten, aus der die amtlichen Stellen und größeren Zivil-Organisationen sich ihren Bedarf an Arbeitswilligen anfordern. Die Leute bekommen Bekleidung, Ausrüstung und Verpflegung von der Regierung und eine Löhnung von täglich 1 Schilling. Bezeichnend ist, daß auch dieser Arbeitsdienstversuch, wie aus den Veröffentlichungen von Army-Navy und Air Force Gazette, der bekannten englischen Militärzeitschrift, hervorgeht, einen ausgesprochen militärischen Charakter trägt, also im strikten Gegensatz zu Deutschland, das seinen Arbeitsdienst unter ausgesprochen zivilen Gesichtspunkten aufzieht.

Der Arbeitsdienst in den Vereinigten Staaten hat jetzt nach den Mitteilungen des amerikanischen „Army and Navy Journal" seine Offiziersstellenbesetzung erhalten. Demnach werden dem Arbeitsdienst von der aktiven Armee zur Verfügung gestellt 2767 Offiziere, 122 Sanitätsoffiziere und 18 Militärgeistliche. Ferner 956 Reserveoffiziere, 454 Reserve-Sanitätsoffiziere und nur 64 Zivilärzte. Schließlich sind 320 Marineoffiziere vom Präsidenten der Vereinigten Staaten in den Arbeitsdienst abkommandiert worden. Nach Mitteilung des Blattes werden noch weitere 685 Offiziere und 193 Sanitätsoffiziere benötigt.

Man ersieht aus den gesamten Tatsachen, daß die Vereinigten Staaten ihren Arbeitsdienst, der in erster Linie die Aufgabe hat, die sehr verkommenen Forsten wiederherzustellen, und in der Aufforstung in großem Maße aufzuarbeiten, in engstem Anschluß an die Armee aufziehen. Interessant ist ein Befehl, der den Wehrkreisbefehlshabern zugestellt worden ist, und in dem es heißt: „Der Präsident befiehlt der Armee, ihre Aufgabe bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf die Leitung der Arbeitslager im Forstwesen auszudehnen. Die Wehrkreisbefehlshaber sind verantwortlich für die Führung der einzelnen Verbände, für den Bau und den Unterhalt der Lager, für die Verwaltung, für den ärztlichen Dienst und für die Wohlfahrtseinrichtung. Die technischen Arbeiten selbst werden durch Beamte der anderen Ministerien geleitet." Der Präsident hat befohlen, daß die Arbeitslager „im allgemeinen 200 Mann stark" sein sollen und unter Führung von Angehörigen der aktiven Armee einzurichten sind.

Wir sehen aus dem ganzen, daß der Arbeitsdienstgedanke von Deutschland aus seinen Weg durch die Welt angetreten hat. Wenn er auch an vielen Stellen draußen in der Welt im Gegensatz zu Deutschland militärischen Charakter zeigt, so können wir es nur begrüßen, daß der Gedanke des Arbeitsdienstes so stark auf die anderen Völker wirkt. Der Angriff der Franzosen im Effektivausschuß der Abrüstungskonferenz auf den deutschen Arbeitsdienst streng ziviler Natur wird durch die Maßnahmen anderer Staaten schlagend als Lächerlichkeit gestempelt.

Balbo auf Island

Der Flug für einige Tage unterbrochen.

Reykjavik, 7. Juli.

Das italienische Ozean-Flugzeuggeschwader hat unter der Führung General Balbos auf der Etappe Irland—Island eine Höchstgeschwindigkeit von 245 Stundenkilometern erreicht. Während der ersten zwei Stunden des Fluges war das Wetter sichtig. Dann geriet das Geschwader in eine Nebelwand, die eine Ausdehnung von 350 Kilometern hatte. 200 Kilometer konnten nur nach dem Kompaß geflogen werden. Während des letzten Teiles der Fahrt war das Meer sehr bewegt; ein starker Wind wehte und ein dichter Regen ging hernieder. Unter diesen Witterungsverhältnissen stellten sich dem Niedergehen der Flugzeuge auf das Wasser große Schwierigkeiten entgegen, trotzdem gelang es innerhalb 15 Minuten. Die Flugleitung hat wegen der ungünstigen atmosphärischen Verhältnisse beschlossen, den Flug für einige Tage zu unterbrechen.

Kirchliche Nachrichten der Zionsgemeinde zu Bethel.

Sonntag, den 9. Juli 1933. 4. S. n. Trin.

Sonnabend 19.10 Uhr in Zion: Beichte und Abendmahl. Pastor Merz.

Sonntag 8½ Uhr: Pastor Greve; 9 Uhr: Pastor Wörmann; 10 Uhr: Pastor Lethaus.

Donnerstag 19½ Uhr: Pastor Schmidt.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Erholungsaufenthalt im Wald!

Das Erholungsheim im Solling bei Dassel, Kr. Einbeck (Weserbergland) umgeben von herrlichen Fichten- und Laubwäldern mit prächtiger Fernsicht, bietet vorzügliche Erholungsmöglichkeiten. Bei Herz und Nerven besonders bewährt. Gelegenheit zu Waldwanderungen, Luft- und Sonnenbädern, Liegekuren, Diäten. Gute reichliche Verpflegung. Preise zeitgemäß. Prospekt einfordern. Anfragen an

Sekr. Friedr. Gramm.

Harmonium

fabrikneu, 15 Register mit durchg. Aeolsharfe, Eiche, umständehalber günstig abzugeben. Anfragen unter A 3425 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Hasliberghaus Goldern

Evang. Erholungsheim an wundervoller Alpenlage des Berner Oberlandes, 1060 m, sorgfältigste Verpflegung (auch Diät und Rohkost) Geistigrege, freudige Hausgemeinsch. Sonnen- u. Quellbad. Illustr. Prospekt vom Hausvater **Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.**

M. v. Brandt
Bielefeld Schillerplatz 12

An- und Verkauf von Grundstücken;
vorschußfreie Vermittlung von Hypotheken
Uebernahme von Hausverwaltungen
und Versicherungen.
Beihilfe in Rechts-, Miet- und Versicherungsschaden-Sachen.



Nach Orten, wo noch nicht erhältlich, Nachnahmeversand zuzüglich Porto. Bezugsquellen, Muster und Prospekte kostenlos durch
Evers & Lange, Hamburg 11 A.
Der Tee ist zu Ladenpreisen auch bei „Ophir" vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel, Bethel bei Bielefeld, und im Reformhaus zur Gesundheit C. Bitter Nachf., Bielefeld, Bahnhofstr. 2a, zu haben.

Wiesbaden Evangelisches Hospiz, Oranienstraße 53
Zimmer mit und ohne Verpflegung. Mäßige Preise.

Reise
nicht ohne Photo-Apparat
von **und Material**
Photo-König, Bielefeld, Rathaussirahe 8

Bethel.

— **Vaterländischer Frauenverein.** Auf unserer Jahresversammlung am 16. 6. sind zwei Exemplare des dem Verein geschenkten Buches von Guida Diehl „Die Frau und der Nationalsozialismus" versehentlich mitgenommen worden. Es ist anzunehmen, daß die Bücher inzwischen gelesen sind, und ich bitte herzlich um Rückgabe der Bücher an mich. Gräfin Baudissin.

— **Vaterländischer Frauenverein.** Die Mitglieder werden herzlich gebeten, auch in diese Jahre wieder Obst für den Verein einzukochen. Der Bedarf ist ein großer, es hat im letzten Winter so mancher Kranke damit gelabt und erfrischt werden können. — Gläser können bei mir abgeholt werden. Gräfin Baudissin.